

Erhöhung der Krankenkassenbeitragssätze

05.07.2010, 08:34 | Gesundheit & Medizin

Pressemitteilung von: *Institut für Gesundheitsprävention (IGP)*

Die Pläne der schwarz-gelben Koalition in Berlin, die Krankenkassenbeiträge auf 15,5 Prozent anzuheben, stößt bei vielen Bürgern auf Unmut aber auch auf Unverständnis. Ob mit der Erhöhung mehr Gerechtigkeit im Gesundheitswesen erreicht wird, wie es die FDP behauptet, halte ich für fraglich. Mehr Einnahmen bedeuten nur höhere Gehälter für die Kassenvorstände – je größer der Topf, desto mehr unnötige Mitesser. Besser wäre es Geld schluckende Institutionen wie die Kassenärztlichen Vereinigungen aufzulösen, die ja nichts weiter tun, als die Leistungen der Ärzte zu verschleiern. Ich frage mich, wohin die Gelder der Krankenkassen fließen und wieso man nicht damit auskommt, wo doch in Österreich der Beitragssatz bei derzeit 7,5 Prozent für nicht Selbständige liegt, einschließlich dem Zusatzbeitrag und Ergänzungsbeitrag? Sind bei uns die medizinischen Leistungen teurer oder werden die Deutschen öfter krank? Nein, es liegt daran, dass es in Österreich nur eine Pflichtversicherung gibt und nicht knapp 400 Krankenkassen wie in Deutschland. Es gibt auch keine Kassenärztliche Vereinigung. Es macht wenig Sinn, einem übermäßig gefräßigen Apparat das Geld in den Rachen zu werfen und bei den medizinischen Leistungen zu sparen. Außerdem wird die Präventivmedizin immer noch zu stiefmütterlich gehandhabt, ist doch an ihr recht wenig zu verdienen im Vergleich zur kurativen Medizin.

Beiträge zu erhöhen nur um einen fetten Verwaltungsapparat am Leben und zwar äußerst gut am Leben zu erhalten ist sicherlich der falsche Weg, denn damit fördert man ein weiteres Auseinanderklaffen der Schere zwischen arm und reich. Ich frage mich auch, warum keiner dieses heiße Eisen aufgreift, sind alle Politiker abhängig von diesen Lobbyisten? Wer also für Gerechtigkeit im Gesundheitswesen ist, sollte diese Missstände abschaffen.

Das hieße konkret:

1. Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigungen.
2. Reduzierung der gesetzlichen Krankenkassen auf 1 bis max. 3 Anbieter. Freiwillige Zusatzleistungen den Privatkassen überlassen.
3. effektivere Überprüfungen der Ärzte, um Abrechnungsbetrug zu verhindern. Hierzu erhält jeder Patient ein Duplikat der Abrechnung, das er überprüfen kann.
4. vereinfachtes Abrechnungswesen und kein Punktesystem. Wer krank ist benötigt Hilfe, auch wenn er sein Punktesoll bereits erfüllt hat.
5. gleichzeitig Reduzierung des Verwaltungsaufwandes und bürokratischer Belastungen; medizinisches Personal ist für Vorsorge, Therapie, Pflege und Beratung zuständig und nicht für Büroarbeit, zu der sie unser System degradiert hat. Zudem verschlingt der Bürokratismus Unsummen an Geldern. Wir ersticken in Formularen, die ausgefüllt werden müssen.
6. Bonus-Malus-System: Bonus für gesundheitliche Präventivmaßnahmen sowie Krankenfreiheitsrabatte. Malus für selbstverschuldete Risikogruppen, wie Raucher, übermäßiger Alkoholenuss, Fettleibigkeit, Extremsportler u.a. Es ist nicht einzusehen, dass ein um seine Gesundheit Bedachter für die Leichtfertigkeit anderer mitzahlen muss. Hier bestünde auch die Möglichkeit, die Steuer für Tabak und Alkohol so zu erhöhen, dass der erhöhte Beitrag den Krankenkassen zufließt. Wer sich selbst und andere in Gefahr bringt muss auch dafür bezahlen, so wie es bei jeder Firma der Fall ist. Als Beispiel: Es kann doch sein, dass trotz wiederholter Warnungen immer wieder Skifahrer weit ab der Pisten fahren und damit Lawinen auslösen und sich, andere und Rettungsdienste gefährden. Dazu gehört auch ein konsequentes Durchgreifen bei Alkohol am Steuer, der auch zu einer Gefahr für Leib und Leben werden kann. Alkoholgrenze am Steuer sollte auf Null Promille reduziert werden, so kommt es nicht zu falschen Selbsteinschätzungen.
7. kompetentere Gesundheitsberatung durch Fachleute in allen Bereichen, wie Schulen, Betrieben und Behörden. Mit viel Geld fördern Krankenkassen zweifelhafte Gesundheitsangebote in Kurhotels, die nicht überprüft werden und nicht selten von recht unkundigen Personen abgehalten werden.
8. bessere Entlohnung für Ärzte und Pflegepersonal in Krankenhäusern.
9. Um Überstunden zu vermeiden, die die Qualität der Arbeit beeinträchtigen, muss die Personalplanung dementsprechend sein.
10. Förderung von Ärzte- oder Gesundheitszentren. Vorteile: Alles unter einem Dach, kürzere Wege, bessere Kommunikation unter den Ärzten und Therapeuten.

11. Abschaffung des Hausarztmodells, denn hier doktern zu viele Ärzte zu lang an Patienten, die eigentlich zum Facharzt gehören. Außerdem muss die Überweisungspflicht durch den Hausarzt wegfallen, was ja doppelte Honorarforderungen bedingt. Die des Hausarztes könnte man sich sparen.
12. Wegfall des Numerus clausus, um auch diejenigen Medizin studieren zu lassen, die diesen Beruf aus Leidenschaft ergreifen wollen.

Portrait

Das Institut für Gesundheitsprävention (IGP) befasst sich mit Fragen rund um die Gesunderhaltung des Menschen sowie mit deren Störfaktoren, die im biopsychosozialen Umfeld liegen.

Unter Gesundheitsprävention verstehen wir alle Vorsorgemaßnahmen, die helfen eine unerwünschte Entwicklung der Gesundheit zu vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen erfassen wir Gebiete der Medizin, Naturheilkunde, Psychosomatik, Ernährung und Lebensmittelsicherheit.

News-ID: 444714 • Views: 2119 (Stand: 26.08.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/444714/Erhoehung-der-Krankenkassenbeitragssaetze.html>